



**Stadt: Golßen**

☒ öffentlich    ☐ nicht öffentlich    ☐ Dringlichkeit

Gremium	Beteiligung	Datum der Sitzung	TOP	Beratungsstatus
Bildungs-, Jugend-, Kultur- u. Sportausschuss	<input type="checkbox"/>			vorberatend
Planungs-, Bau-, Wirtschafts- u. Umweltausschuss	<input type="checkbox"/>			vorberatend
Ausschuss für Stadtentwicklung, Mobilität, Infrastruktur und Schloss der Stadt Golßen	<input type="checkbox"/>			vorberatend
Hauptausschuss	<input type="checkbox"/>			vorberatend
Ortsbeirat Mahlsdorf	<input type="checkbox"/>			vorberatend
Ortsbeirat Zützen	<input type="checkbox"/>			vorberatend
Stadtverordnetenversammlung	<input checked="" type="checkbox"/>			beschließend

**Beratungsgegenstand:** Aufstellung einer Ergänzungssatzung gemäß § 34 Abs. 4 Satz 1 Nr. 3 Baugesetzbuch (BauGB) für die Stadt Golßen im GT Altgolßen

Einreicher der Vorlage	Vorlagennummer	Datum
Bock - BA	22-2023	07.03.2023

## **A. Beschlussvorlage:**

### **Die Stadtverordnetenversammlung beschließt:**

Die Aufstellung einer Ergänzungssatzung gemäß § 34 Abs. 4 Satz 1 Nr. 3 Baugesetzbuch (BauGB) für die Stadt Golßen im GT Altgolßen. Der voraussichtliche Geltungsbereich umfasst das Grundstück der Gemarkung Altgolßen, Flur 2, Flurstück 1.

### **Begründung der Beschlussvorlage:**

Mit Schreiben vom 21.12.2021 wurde die Stadt Golßen zur Abgabe einer Stellungnahme für eine Bauvoranfrage aufgefordert. Es handelte sich um die Errichtung eines eingeschossigen Wohnhauses mit Garage und Gartenhaus in Altgolßen. Das geplante Vorhaben befindet sich nicht im Geltungsbereich der Klarstellungs- und Abrundungssatzung von Altgolßen und ist damit gemäß § 35 BauGB dem planungsrechtlichen Außenbereich zuzuordnen. Dennoch hat die Stadt Golßen mit Beschluss Nr. 200-2021 und auf der Grundlage des § 35 Abs. 2 BauGB das gemeindliche Einvernehmen erteilt, da das Grundstück durch eine zusammenhängende Bebauung gekennzeichnet ist und der Eindruck der Geschlossenheit und Zusammengehörigkeit mit den benachbarten Grundstücken gegeben ist. Eine Zersiedelung des Außenbereichs bzw. die Entstehung einer Splittersiedlung war aus Sicht des Bauamtes und der Stadt Golßen nicht zu befürchten. Eine Vorbildwirkung für das Bauen im Außenbereich war ebenfalls nicht gegeben.

Mit Vorbescheid vom 31.01.2022 wurde der Antragstellerin von der unteren Bauaufsichtsbehörde mitgeteilt, dass das Vorhaben unzulässig sei. Zur Schaffung einer planungsrechtlichen Grundlage hat die untere Bauaufsichtsbehörde eine Änderung bzw. Erweiterung der Klarstellungs- und Abrundungssatzung vorgeschlagen.

Mit Antrag vom 24.02.2023 bittet die Antragstellerin Frau Franziska Helmke nun um Aufstellung einer Ergänzungssatzung gemäß § 34 Abs. 4 Satz 1 Nr. 3 BauGB, um die Außenbereichsfläche in den im Zusammenhang bebauten Ortsteil einzubeziehen. Mit der Aufstellung der Ergänzungssatzung sollen die planungsrechtlichen Voraussetzungen für eine Bebauung des Grundstücks geschaffen werden.

Bei der Aufstellung einer Ergänzungssatzung müssen die einzubeziehenden Flächen dem planungsrechtlichen Außenbereich angehören und durch eine bauliche Nutzung des angrenzenden Bereichs geprägt sein. Aus Sicht des Bauamtes ist dies im vorliegenden Fall gegeben.

Die Antragstellerin erklärt sich bereit, die Kosten vollumfänglich zu tragen. Das Bauamt empfiehlt, der Aufstellung einer Ergänzungssatzung zuzustimmen.

### **Hinweis:**

### **Finanzielle Auswirkungen**

Ja ☐ Nein ☒

Die Mittel stehen bei dem Produktsachkonto: \_\_\_\_\_ im \_\_\_\_\_ i. H. von \_\_\_\_\_ € zur Verfügung.

Die Mittel sind im Nachtragshaushalt \_\_\_\_\_ einzustellen.

Die Maßnahme verursacht Folgekosten in Höhe von : \_\_\_\_\_ € einmalig  
\_\_\_\_\_ € jährlich  
\_\_\_\_\_ ☐ keine Folgekosten

Zugunsten der Maßnahme werden andere Mittel eingespart ☐ Ja ☒ Nein

Bei Vergaben:

Geplante Ausgaben in dem Produktsachkonto \_\_\_\_\_ in Höhe von \_\_\_\_\_ €  
noch verfügbare Mittel \_\_\_\_\_ €  
Vergabevorschlag \_\_\_\_\_ €.

### **Anlagen**

Anlage 1: voraussichtlicher Geltungsbereich

Anlage 2: Auszug aus den Antragsunterlagen

---

### **B.1. Stellungnahme des Ortsbeirates/Ortsvorstehers:**

Anhörung war erforderlich

☐ Ja ☒ Nein

☐ Stellungnahme liegt anbei

☐ Stellungnahme lag bei Versendung nicht vor

---

### **B.2. Stellungnahme Hauptausschuss:**

☐ Zustimmung Hauptausschuss

☐ Ablehnung Hauptausschuss

☒ Beschlussvorlage lag dem Hauptausschuss nicht vor

---

Datum

Unterschrift des zuständigen FA-Leiters:



**C. Beschluss:** Die Stadtverordnetenversammlung beschließt:

- ☐ nach dem Wortlaut der Beschlussvorlage
- ☐ in Abänderung des Wortlautes der Beschlussvorlage wie folgt:

**Begründung des Beschlusses bei Abänderung des Wortlautes der Beschlussvorlage oder Ablehnung der Beschlussvorlage**

**Zustimmungsempfehlung Hauptausschuss:**

Gesetzl. Anzahl	Anwesend	Ja	Nein	Enthaltung

**Zustimmungsempfehlung Bildungsausschuss:**

Gesetzl. Anzahl	Anwesend	Ja	Nein	Enthaltung

**Zustimmungsempfehlung Bauausschuss:**

Gesetzl. Anzahl	Anwesend	Ja	Nein	Enthaltung

**Zustimmungsempfehlung Ausschuss für Stadtentwicklung, Mobilität, Infrastruktur und Schloss der Stadt Golßen:**

Gesetzl. Anzahl	Anwesend	Ja	Nein	Enthaltung

**Abstimmungsergebnis:**

Gesetzl. Anzahl	Anwesend	Ja	Nein	Enthaltung

An der Beratung und Beschlussfassung haben wegen eines Mitwirkungsverbotes gemäß § 22 BbgKVerf nicht teilgenommen:

--	--	--

**Sichtvermerk/Datum:**

--	--	--

Amtsleiter	Amtsleiter	Vorsitzende/r der Stadtverordnetenvertretung
------------	------------	---